

RESOLUTIONSANTRAG

der Abgeordneten Mag.^a Kollermann gemäß § 60 LGO 2001

zu Gruppe 5 zu den Voranschlägen des Landes Niederösterreich für die Jahre 2022 und 2023; Ltg.-1842/V-9-2021

betreffend: **"Stärkung der ärztlichen Versorgung im niedergelassenen Bereich"**

Die Niederösterreichische Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner präsentierte der Öffentlichkeit im Jänner 2018 die Initiative "Landarzt". Der Aufrechterhaltung und dem Ausbau der flächendeckenden medizinischen Versorgung mit niedergelassenen Kassenvertragsärzt_innen sollte künftig besonderes Augenmerk zukommen. Nun, 2021, kann diese Initiative als gescheitert betrachtet werden, mutmaßlich, da an Aufbau, Arbeitsalltag und Folgewirkungen im Vorfeld wenige Gedanken verschwendet worden waren. Wir in Niederösterreich sind bis heute von einer flächendeckenden Nachbesetzung der vakanten Stellen für Allgemeinmediziner_innen weit entfernt. Aktuell sind 40 offene Kassenstellen für Allgemeinmedizin ausgeschrieben. Alleine im Bezirk Baden sind das 4 Stellen. In anderen Bezirken Niederösterreichs reichen die Ausschreibungen bis 2016 zurück.

Die NÖ Landesregierung hat ein Maßnahmenpaket geschnürt, das von der finanziellen Unterstützung bis hin zur Ausbildungsoffensive der künftigen Mediziner_innen reicht. Diese Anstrengungen verfehlen das Ziel und können drei Jahre später als untauglich betrachtet werden. Viele Patient_innen müssen lange Wege und immense Wartezeiten in Kauf nehmen, um zur benötigten ärztlichen Betreuung zu gelangen. Gleichzeitig steigen aber die Beiträge der Gemeinden an den NÖKAS zur Finanzierung der Spitäler jedes Jahr weiter an bitte mit Florian Habersberger checken - und die Gemeinden stehen mit verwaisten Hausarztpraxen da. Dieser Zustand muss dringend verbessert werden.

Die Gefertigte stellt daher den

A n t r a g:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

- "1. Die Landesregierung wird aufgefordert, den Ausbau von Primärversorgungszentren in dem Maße vorantreiben, dass eine Fertigstellung der 14 Einheiten, die bis Ende 2021 vorgesehen war, zumindest bis Ende 2022 umgesetzt wird.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, Gemeinden bei der flächendeckenden Versorgung mit Vertragsärztinnen/ Vertragsärzten für Allgemeinmedizin so zu unterstützen, dass Ende 2022 keine Kassenstellen für Allgemeinmedizin mehr in Niederösterreich länger als 9 Monate offen sind."